

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Ja, die Zeit habe ich Ihnen schon dazugegeben. Ich sage Ihnen noch einmal: Das nächste Mal würde ich diese Kurzintervention nicht zulassen, weil Sie nicht auf den Beitrag von Herrn Limburg eingegangen sind.

(Zustimmung bei der CDU)

**Victor Perli (LINKE):**

Ich habe zum Thema Nordstemmen und zum Straßenverkehr gesprochen, wie Herr Limburg.

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, die nächste Kurzintervention kommt von Herrn Professor Zielke.

**Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in der Tat auf den Beitrag von Herrn Limburg, was die medizinische Qualität von Cannabis betrifft, eingehen. So sehr ich mich über die Antwort auf die Große Anfrage gefreut habe, die sehr ausführlich ist, so kann ich doch nur sagen: Auf die Fragen 24 und 25 sind die Antworten ausgesprochen dürftig, wenn es auf Frage 24 heißt: „Erkenntnisse aus den USA über den medizinischen Einsatz von Cannabis liegen der Landesregierung nicht vor“, und auf Frage 25 heißt: „Da Cannabis als Medikament nur in Ausnahmefällen sinnvoll ist ...“. Mein Gott, die meisten Medikamente sind nur in Ausnahmefällen sinnvoll, nämlich wenn sie angezeigt sind.

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Cannabis - das ist mittlerweile Stand der Wissenschaft - ist eines der wichtigen Medikamente bei terminal Kranken, bei kachektischen, bei sterbenden Patienten.

(Victor Perli [LINKE]: Sehr richtig!)

Da gibt es kaum ein besseres palliatives Mittel. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Jetzt bin ich gespannt, worauf Herr Limburg antwortet.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich würde mir jetzt Perli greifen!)

**Helge Limburg (GRÜNE):**

Das steht mir ja, glaube ich, frei, Herr Präsident. - Ich würde gern auf den Beitrag von Herrn Professor Dr. Dr. Zielke noch näher eingehen.

Herr Professor Dr. Dr. Zielke - Entschuldigung, Sie haben so viele Titel, da kommt man schnell ins Stottern -

(Björn Thümler [CDU]: Nur drei!)

ich bin Ihnen sehr, sehr dankbar für diese Klarstellung in dem Bereich, auch aus persönlicher Betroffenheit in meinem Umfeld. Ich weiß, wie schwierig es für Personen, denen Cannabis tatsächlich schwierige Situationen sehr erleichtern würde, real ist, an Cannabis zu kommen. Dass diese Differenziertheit in die Gesundheitspolitik der Landesregierung und auch der Bundesregierung bislang noch keinen Eingang gefunden hat, finden wir Grüne in der Tat sehr bedauerlich und bedenklich. Insofern würde ich mich sehr freuen, Herr Professor Zielke, wenn Sie in der Richtung, wie Sie hier argumentiert haben, auch zukünftig hier auf Landesebene Politik machen. Sie haben die Grünen dabei an Ihrer Seite.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der FDP und bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich stelle fest, dass die Besprechung der Großen Anfrage damit abgeschlossen ist.

Ich rufe nun vereinbarungsgemäß die **Tagesordnungspunkte 18 und 19** zusammen auf:

Zweite Beratung:

**Reaktor Krümmel für immer abschalten!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1501 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/2543 - Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2576

Erste Beratung:

**Beteiligung des Niedersächsischen Landtages bei Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnden hoch radioaktiven Atommülls erforderlich! Die Sicherheit vieltausender nachfolgender Generationen ist kein**

**verwaltungstechnischer Vorgang!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2527

Zur zweiten Beratung des Antrages in der Drs. 16/1501 lag ursprünglich die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in der Drs. 16/2267 vor, die auf Ablehnung lautete. Nach Rücküberweisung und erneuter Befassung empfiehlt der Ausschuss Ihnen nunmehr, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen, wie sich aus der Drs. 16/2543 ergibt. In der Tagesordnung wurde irrtümlich noch die Drs. 16/2267 ausgewiesen, die auf Ablehnung lautete. Sie ist gegenstandslos.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/2576 zielt auf eine Annahme des Antrages in einer anderweitig geänderten Fassung.

Meine Damen und Herren, wir kommen zunächst zur Einbringung des Antrages unter Tagesordnungspunkt 19. Dazu hat sich der Kollege Wenzel gemeldet. Bitte schön!

**Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich die Website des Bundesumweltministeriums ansieht, findet man eine ganze Anzahl von Stellungnahmen zu den Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung von hoch radioaktivem Abfall. Die Daten enden allerdings im Juli 2009. Danach findet sich nichts mehr. Eigentlich hätte das Ergebnis der Beratungen im Juli 2009 im Bundesanzeiger veröffentlicht werden müssen. Damit wären die Anforderungen rechtskräftig geworden.

Dagegen haben sich die unionsgeführten Bundesländer ausgesprochen und Mitsprache eingeklagt. Seitdem wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Schauplatz ist der sogenannte Bund-Länder-Hauptausschuss Atomkernenergie. Dort sind aber noch nicht einmal alle Länder vertreten, sondern offenbar nur Länder mit Atomkraftwerken oder anderen atomaren Anlagen.

Meine Damen und Herren, die radioaktive Strahlung des Atommülls aus dem Betrieb von Atomkraftwerken wird die Lebensdauer aller von Menschen errichteten Bauwerke um ein Vielfaches überdauern. Keine menschliche Generation vor uns war genötigt, eine technische Einrichtung zu

errichten, die 35 000 Generationen Sicherheit gewährleisten kann. Trotz allem heute verfügbaren technischen Wissen und trotz hoch entwickelter Ingenieurleistungen kann heute niemand garantieren, dass eine technische Einrichtung 1 Million Jahre überdauert. Jede Entscheidung zur Lagerung von Atommüll muss daher sicherstellen, dass künftige Generationen Fehler korrigieren können, die wir heute trotz des Standes von Wissenschaft und Technik nicht mit Sicherheit ausschließen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Daher, meine Damen und Herren, ist Rückholbarkeit als Grundprinzip der Risikovorsorge in den Sicherheitsanforderungen zu verankern.

Nach den Erfahrungen mit der Asse müssten die Sicherheitsanforderungen meines Erachtens verschärft werden. Die CDU/FDP-Landesregierung und die CDU/FDP-Bundesregierung haben unter Ausschluss der Öffentlichkeit das genaue Gegenteil getan. Sie haben die Sicherheitsanforderungen gesenkt. Auf Anregung der Länder wurde der Risikofaktor in Kapitel 6.2 gestrichen, der besagte, dass das Risiko eines schwerwiegenden Gesundheitsschadens bei maximal  $10^{-4}$  liegen darf. Im Kapitel 8.6 wurden Anforderungen an eine befristete Rückholbarkeit von 500 Jahren gestrichen. Die Möglichkeit einer behälterlosen Lagerung wurde vorgesehen. Auch Laugenzuflüsse wurden plötzlich zum Regelfall, nachdem in der Öffentlichkeit immer deutlicher wurde, dass es auch in Gorleben diverse Laugenzuflüsse gibt.

Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit und die Parlamente wurden bei der Diskussion der letzten neun Monate ausgeschlossen, aber die Atomindustrie war beteiligt. Dafür hat der ehemalige Atommanager Gerald Hennenhöfer, der heute als Abteilungsleiter von Herrn Röttgen fungiert, gesorgt. Das ist in meinen Augen ein unglaublicher Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Festlegung der Sicherheitsanforderungen für hoch radioaktiven Atommüll kann nicht durch Verwaltungsbeamte des Landes oder des Bundes erfolgen. Das ist eine hoch politische Angelegenheit. Die Definition dieser Kriterien entscheidet über Eignung oder Nichteignung bestimmter Lagerorte oder bestimmter Lagerverfahren. Es darf auch nicht sein, dass die Sicherheitsanforderun-

gen nachträglich an ungeeignete Standorte wie beispielsweise Gorleben angepasst werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, keine parlamentarische Demokratie darf es sich leisten, dass solche Dinge unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Ausschluss des Parlaments entschieden werden. Da hilft es auch nicht, meine Damen und Herren, Herr Langspecht, Herr Bäumer, wenn die Koalition jetzt etwas nachgeschoben hat und in einem Schreiben an Herrn Bundesumweltminister Röttgen versucht hat, das eine oder andere wieder nachzubessern, um von dem Stand von März 2010 wieder wegzukommen.

Wir stehen bei der Definition der Sicherheitsanforderungen vor einer ähnlichen Herausforderung wie bei der Suche nach einem Endlagerstandort. Die Definition dieser Anforderung kann nur das Ergebnis eines prozeduralen demokratischen Entscheidungsprozesses sein. Wir haben es hier mit einer Anforderung zu tun, die keine Generation vor uns leisten musste.

Sie muss folgenden Anforderungen genügen: Sie muss Sicherheit für 35 000 Generationen gewährleisten. Sie muss eine hohe Fehlertoleranz aufweisen, weil wir wissen, dass menschliches Handeln immer fehlerbehaftet ist. Sie muss Planungssicherheit über viele Legislaturperioden hinweg gewähren. Und sie muss demokratisch legitimiert sein.

Meine Damen und Herren, die von Ihnen vorbereitete Entscheidung in der morgigen Sitzung des Bund-Länder-Ausschusses für Atomkernenergie hätte eine extrem kurze Halbwertszeit. Sie könnte durch ein Gericht gekippt werden. Spätestens mit einer neuen Mehrheit im Bundestag wäre sie Geschichte. Von daher fordere ich Sie heute auf, diese morgige Entscheidung auszusetzen und hierzu keine Entscheidung ohne das Parlament zu treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Würden Sie es dennoch tun, müssten Sie am Ende doch wieder von vorn anfangen. Das wäre eine Form von Politik, die im Umgang mit Atomenergie an Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten ist. Deshalb fordern wir die Vertagung der für morgen geplanten Entscheidung.

Die Entwürfe der Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle, die derzeit beraten werden, sind dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Wir wollen zudem feststellen, dass eine Senkung der Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung von Atommüll, wie sie in dem Entwurf von März 2010 - den können wir Ihnen gern schriftlich zur Verfügung stellen - zum Ausdruck kommt, völlig unverantwortlich ist. Das Gegenteil ist notwendig! Wir wollen eine Verankerung der dauerhaften Kontrolle und Rückholbarkeit von Atommüll, um den Erfahrungen mit dem Versuchs- und Forschungsendlager Asse II gerecht zu werden. Die behälterlose Bohrlochendlagerung ist abzulehnen, da sie jegliche Rückholbarkeit verhindert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Bezeichnend ist auch, dass das Bundesumweltministerium behauptet, dass alle Forschungsfragen zur Eignung von Salz beantwortet sind. Das steht aber im krassen Widerspruch beispielsweise zu den Aussagen einer Reihe von Zeugen, die im Untersuchungsausschuss Asse auf Forschungslücken hingewiesen haben und die nicht unbedingt in dem Geruch stehen, den Atomkraftgegnern nahe zu stehen; ich erinnere an Herrn zur Horst, Herrn Brewitz und Herrn Besenecker.

Offen ist, wie mit dem Abbruch von Forschungsvorhaben verfahren wurde, die noch bis Anfang der 90er-Jahre von den Genehmigungsbehörden, dem BMU, dem BMFT und der Reaktorsicherheitskommission für unverzichtbar erklärt wurden. Die Asse sollte Sicherheit für alle Zeiten gewähren. Wir alle hier wissen: Damit war es nach zehn Jahren vorbei.

Meine Damen und Herren, wir beraten außerdem den Antrag zur Stilllegung von Krümmel. Wir haben bereits zweimal hier im Plenum darüber diskutiert. Er wurde in den Ausschuss zurücküberwiesen. Dort haben wir auf der Basis des Beitrags von Herrn Heiner Schönecke, CDU, erneut über einen Beschlusstext verhandelt. Leider konnte sich die Mehrheit im Ausschuss nicht mit dem Vorschlag von Herrn Schönecke anfreunden. Wir haben daher den Beschlusstext aus dem Landkreis Harburg, auf den Herr Schönecke Bezug nahm und der im Kreistag von Harburg einstimmig - bei einer Enthaltung - verabschiedet wurde, hier zur Beschlussfassung vorgelegt. Ich bitte dringend darum, dass wir auf dieser Grundlage zu einer Ent-

scheidung kommen. Die Vorlage ist Ihnen zugegangen.

Ich beantrage dazu namentliche Abstimmung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, die nächste Rednerin ist Frau Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion.

**Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich komme gleich zum Problem des Reaktors Krümmel, das Sie ja in eine sehr weichgespülte und leicht bittstellende Variante eines Antrages verpackt haben. Wir sind aber keine Bittsteller und machen Ihnen deshalb gemeinsam mit Grünen und Linken das Angebot, die Resolution des Kreistages Harburg und der Stadt Winsen hier in einem Antrag 1 : 1 zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir machen dieses Angebot auch, um Ihnen von CDU und FDP die Möglichkeit zu geben, sich mit den in der Region lebenden Abgeordneten Ihrer Parteien solidarisch zu erklären; denn es kann ja wohl nicht falsch sein, was der stellvertretende Landrat Böhlke und der stellvertretende Landrat Schönecke sowie der stellvertretende Bürgermeister Wiese beschlossen haben. Es kann nicht so falsch sein, dass Sie sich deren Meinung keinesfalls anschließen könnten.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

In diesem Antrag - er ist wirklich harmlos, vollkommen harmlos; Frau Körtner, auch Sie können zustimmen - geht es nur um die Zuverlässigkeit des Betreibers, die in den Räten - auch von den Mitgliedern der CDU - einstimmig angezweifelt wird. Insofern müssen wir heute auch nicht über den Reaktor selbst reden, der in den vergangenen 10 Jahren 82 meldepflichtige Ereignisse provoziert hat. Wir brauchen auch nicht darüber zu reden, dass dieser Reaktor möglicherweise für schwerwiegende Erkrankungen in der Region verantwortlich sein kann. Wir brauchen auch nicht darüber zu reden - weil es Ihnen ohnehin nicht gefällt, solche

schwierigen Themen anzufassen -, dass im Reaktorkern Metallspäne sein werden, die die Hüllrohre der Brennelemente beschädigen könnten. Beschädigte Brennelementhüllrohre können dazu führen, dass Plutonium austritt. Mit all diesen schwierigen Sicherheitsfragen wollen wir Sie heute gar nicht behelligen.

Stimmen Sie dem Antrag, der Ihnen vorliegt, zu! Geben Sie Ihren Mitgliedern in den Räten in der Region um Krümmel das Gefühl, dass sie bei Ihnen richtig aufgehoben sind!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, heute verlangen wir ebenfalls, dass Sie Ihre Verantwortung ernst nehmen und sich gemeinsam mit uns dafür einsetzen, dass vor der Verabschiedung von Sicherheitskriterien für Endlager der Landtag von Niedersachsen beteiligt wird. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie bei diesem Thema die Augen endlich aufmachen. Lassen Sie keinesfalls zu, dass morgen irgendwelche Beschlüsse zum Nachteil Niedersachsens gefasst werden dürfen! Denn, Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass wir gestern länger als eine halbe Stunde lang über eine zeitgemäße Anpassung der Störfallverordnung ausgiebig mit Herrn Busemann diskutieren, aber dann, wenn es um das noch viel schwierigere Thema der Endlagerung und der Sicherheit geht, ausschließlich Beamte des Bundes und der Länder in irgendeinem Hinterzimmer Standards festlegen können. Das darf nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen, man hat ja manchmal den Eindruck, dass inzwischen an den Betrieb einer Pommeshütte schärfere Maßstäbe angelegt werden als an ein Endlager.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Die Leier kennen wir schon! - Heinz Rolles [CDU]: Das ist nur noch peinlich!)

- Das ist überhaupt nicht peinlich. Peinlich ist Ihr Verhalten!

(Zustimmung bei der SPD)

Wir erwarten, dass Sie endlich den 2008 aufgestellten Kriterien für Endlager zustimmen, die Sie bisher blockiert haben. Wir fordern, dass ein Endlager mindestens 500 Jahre lang offen gehalten wird und nicht, wie es Ihr Minister Sander anders

behauptet hat. Wir fordern, dass Laugenzutritte ausgeschlossen werden müssen. Wir erwarten, dass die behälterlose Endlagerung entschieden abgelehnt wird. Wir fordern zudem, die Rückholbarkeit der Abfälle sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Kurzum: Wir erwarten, dass Endlagerstandards offen diskutiert werden und hier in diesem Landtag darüber abgestimmt werden kann.

Werte Kolleginnen und Kollegen, seit vielen Jahren versuchen Sie, uns hinters Licht zu führen. Damit muss endgültig Schluss sein! Denn wenn Sie nichts zu verbergen haben, gibt es keinen Grund, freiwillig auf Länderrechte zu verzichten.

Bundesumweltminister Gabriel hat Ihnen 2008 Standards vorgegeben, die die sichere Lagerung wärmeentwickelnder hoch radioaktiver Abfälle ermöglichen sollten. Wie man aus dem BMU hört, waren es gerade die Beteiligten aus Niedersachsen, die sich für die Abschwächung dieser Kriterien stark gemacht haben. Nun waren es dieselben Personen, die nochmals versuchten, diese Kriterien zu verwässern.

Hätte das Fernsehmagazin „Kontraste“ den Skandal nicht aufgedeckt, hätten Sie es uns nicht gesagt. Sie hätten uns nicht gesagt, dass Sie ein Endlager so planen wollen, dass eine Rückholung von Abfällen gar nicht vorgesehen ist. Sie hätten uns dreist verschwiegen, dass man weiter an der behälterlosen direkten Einlagerung verglaster Abfälle festhält. Und Sie hätten uns verschwiegen, dass Sie ein Endlager nur für die Dauer der Einlagerung offenhalten wollen.

Sie kalkulieren ebenfalls dreist ein, dass jeder tausendste Anwohner im Umfeld eines Endlagers schwere Erkrankungen erleiden könnte. Sie kümmern sich nicht um radiolytische Veränderungen der umgebenden Mineralien, und Sie interessieren sich nicht für die Freisetzung radioaktiven Wasserstoffs an die Umgebung. Wer gibt uns eigentlich von Ihnen die Garantie, dass ein Stahlbehälter, auch „Castor“ genannt, mindestens 500 Jahre lang hält? Das Agieren von CDU und FDP ist von Ideologie geleitet und von Kenntnislosigkeit geprägt.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das gerade von Ihnen!)

Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sorgen Sie dafür, dass morgen nichts entschieden wird! Geben Sie dem Landtag ein Mitspracherecht,

nämlich das, was ihm zusteht! Wenn Sie dies nicht tun, würden Sie alle Fehler, wie sie in der Asse gemacht worden sind, einfach wiederholen. Wir wollen nicht, dass sich so etwas wiederholen kann. Wir werden dem vorliegenden Antrag zustimmen und raten Ihnen, das auch zu tun. Meinungsumfragen sehen Sie gemeinsam gerade bei 37 %. Das ist ausbaufähig.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Böhlke von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte!

(Detlef Tanke [SPD]: Das ist der Erste, der zustimmen will!)

#### **Norbert Böhlke (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin gemeinsam mit meinen beiden Fraktionskollegen aus dem Landkreis Harburg zufrieden damit, dass wesentliche Inhalte der Resolution des Landkreises Harburg in der vorgesehenen Landtagsentschließung deutlich Eingang gefunden haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Wichtig ist für uns, dass die vorhandenen Vorbehalte gegenüber den Betreibern mit dieser von CDU und FDP im Ausschuss erarbeiteten und nun zur Annahme empfohlenen Beschlussempfehlung dokumentiert wurden. Mit dieser Beschlussfassung findet nach unserer Auffassung der Niedersächsische Landtag deutliche Worte, die selbst über das hinausgehen, was Rot-Grün oder auch Rot allein in der Verantwortung in der Vergangenheit bisher hier im Landtag beschlossen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir insbesondere auch als Kommunalpolitiker in einer Pflicht stehen, der wir auch entsprechend Rechnung tragen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen Sie bitte davon aus, dass wir akzeptieren können, dass der Landtag im Gegenzug zu dem Resolutionstext hier durchaus auch rechtliche Würdigungen vornimmt, die der Landkreis als

Kreistag nicht entsprechend berücksichtigt und gewichtet.

(Rolf Meyer [SPD]: Das ist ganz schön feige!)

Hier haben wir ganz einfach einen Überblick über das gesamte Land und sind in der Verantwortung, die über die Aspekte der kommunalen, lokalen Situation hinausgeht.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb werden wir Ihrer Einladung nicht folgen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -  
Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, es bestünde jetzt Gelegenheit zur Erwiderung. - Das wird nicht gewünscht.

Dann rufe ich den nächsten Redner auf. Es ist Herr Herzog von der Fraktion DIE LINKE.

(Beifall bei der LINKEN)

**Kurt Herzog (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie sagte unser Umweltminister in der *Frankfurter Rundschau* am 15. Juli zutreffend? - Vattenfall sei kein zuverlässiger Betreiber, mehrfach sei nachlässig und fahrlässig gehandelt worden.

Bundeskanzlerin Merkel urteilte im September 2009: Krümmel muss man abgeschaltet lassen.

(Unruhe)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Herr Kollege, bitte warten Sie einen Moment! - Meine Damen und Herren, wenn Sie der Diskussion nicht folgen wollen, dann gehen Sie hinaus oder führen Sie wenigstens Ihre Gespräche draußen. Es ist sehr laut.

Herr Herzog, bitte!

**Kurt Herzog (LINKE):**

Die Uhr ist aber weitergelaufen. - „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ Sie handeln gemäß dem Ausspruch eines Ihrer Altvorderen, der damit seine eigene Unberechenbarkeit feierte. Minister Sander setzt sich durchaus ab und zu für niedersächsische Interessen ein, z. B. bei Werra- und Weserversalzung, aber bei Krümmel hält er es eher mit Karl Valentin: „Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut.“

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Rolf Meyer [SPD])

Ja, es wird politisch eng für die Atomromantiker. CDU und FDP geraten zunehmend in die Zange. Da gibt es diesen Antrag der Grünen im Landtag, der konsequent will, was Merkel und Sander gefordert haben, und von unten drücken die betroffenen Kommunen. Nun wollen Sie sich da herauswurschteln mit diesem hohlen Änderungsantrag, dieser 5-Minuten-Terrine

(Heiterkeit bei der LINKEN)

völlig ohne Einlage. Ihre dreigliedrige Schulbildung hat immerhin dazu beigetragen zu wissen, dass Krümmel direkt an der Landesgrenze liegt.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Sie stellen sogar fest, dass Vattenfall - übrigens E.ON genauso - das Vertrauen der Menschen in den Landkreisen Harburg, Lüchow-Dannenberg und Lüneburg nachhaltig gestört hat. Genau das haben die 120 000 Menschen am 24. April so deutlich gemacht, als sie Hand in Hand die Schrottreaktoren Brunsbüttel und Krümmel in Angriff nahmen -

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Wolfgang Jüttner [SPD] und Rolf Meyer [SPD])

hundertmal glaubwürdiger als Sie mit Ihrem scheinheiligen Getue hier heute im Landtag.

(Beifall bei der LINKEN)

Was hat sich gegenüber Ihrem Statement geändert, Herr Sander, Vattenfall sei kein zuverlässiger Betreiber und handele fahrlässig? Haben Sie es nicht schon einmal geschafft, Ihre mangelnde Atomaufsicht schön zu reden, indem Sie in Ihrem Statusbericht vom September 2008 dem inkompetenten, unzuverlässigen Asse-Betreiber die Zuverlässigkeit ausdrücklich nicht absprachen? - Nein, das Vertrauen der Menschen ist nicht gestört. Es ist so, wie die Samtgemeinde Elbmarsch in ihrem Krümmel-Beschluss schreibt: Das Vertrauen der Menschen ist verspielt.

(Beifall bei der LINKEN)

Was Sie hier heute machen, hat einzig den Zweck, die Atom-Lobbypolitik Ihrer Bundesregierung zu retten. Aber Sie werden sich vor Ort keine Freunde machen.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Rolf Meyer [SPD])

Haben Sie es im Kreistag Harburg noch geschafft, die Stilllegungsforderung aus dem Ursprungstext herauszudrücken, so haben Sie und Ihre CDU, Herr Schönecke und Herr Böhlke, auch dort Vattenfall die Unzuverlässigkeit bescheinigt. Völlig unbegreiflich ist, wie Sie als politische Hütchenspieler heute hier auch das noch abwiegeln wollen.

(Reinhold Coenen [CDU]: Unverschämt!)

Wir werden genau darauf achten, Herr Schönecke, Herr Böhlke, Herr Wiese, wer von Ihnen bei der Abstimmung wie stimmt oder kneift und den Saal verlässt.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das ist ja dramatisch!)

In den anderen Gemeinden, Samtgemeinden, Städten und Landkreisen werden ohne Wenn und Aber die Stilllegung und der Rückbau gefordert und die Unzuverlässigkeit festgestellt - und das, Herr Langspecht, vielfach einstimmig und parteiübergreifend: in Reinsdorf, Adendorf, Ostheide, Scharnebeck, Dahlenburg, Amelinghausen, Bardowick, Stadt und Landkreis Lüneburg, Lüchow-Dannenberg sowieso und natürlich in der Samtgemeinde Elbmarsch, in der Samtgemeinde also, die seit Jahren hilfeschend fordert, die Ursachen der gehäuften Leukämiefälle in ihrem Bereich aufzuklären.

Wie kommen Sie dazu, alle diese klaren Voten der Menschen vor Ort zu ignorieren, die sich oft um ein Vielfaches kundiger gemacht haben als Sie hier im Landtag? Wie kommen Sie dazu, sie und ihre Ratsgremien als Nichtdurchblicker abzustempeln?

Der Niedersächsische Landtag muss sich dafür aussprechen - ebenso wie es der Landtag in Schleswig-Holstein schon getan hat -, Vattenfall und E.ON die Betriebserlaubnis zu entziehen.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Kommen wir nun zu den anderen Atommüllbau- stellen. Für Morsleben stellt das NMU im Rahmen der Langzeitsicherheitsbetrachtungen radioaktive Beeinträchtigungen des Grundwassers in Niedersachsen in Aussicht, und absolut keinen Plan gibt es für den herausgeholtten Asse-Müll, wenn er denn überhaupt herausgeholt wird.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP haben aus der Asse gelernt. Wie, das sieht man an den aufgeweichten Stellen in Ihren neuen Sicherheitsanforderungen für Endlager. Seit Asse weiß jeder,

dass die Lüge vom trockenen Salzstock nicht einmal eine Generation hielt und so wahr ist wie eine Jungfrauengeburt. Über Carnallit und Anhydrit wird Wasser zutreten, also schließt man das in den Anforderungen kurzerhand nicht mehr ausdrücklich aus. Asse, ick hör dir tropfen!

(Zustimmung bei der LINKEN)

Was nicht passt, wird passend gemacht - passend vor allem für Gorleben trotz all seiner Mängel. Denn auf ein intaktes Deckgebirge und ein Mehrbarrierensystem können Sie dann gleich mit verzichten.

(Zuruf von Karin Bertholdes-Sandrock [CDU])

- Es ist eben nicht drin, Frau Bertholdes. Sie müssten das mal lesen.

Dafür kriert man dann den sogenannten einschlusswirksamen Bereich, der aber gar nicht einschließen kann und soll - eine virtuelle Größe, um das Medium Salz zu retten. Konkret ist, dass in Gorleben der Anhydrit von den Strecken unter Tage - das wissen Sie so gut wie ich - durchbohrt ist. Konkret ist, dass neue Forschungen ergaben, dass sich der Anhydrit wegen unterschiedlicher Viskosität und unterschiedlichem Gewicht im Salz bewegt, unter Wärmeeinfluss umso mehr. Das heißt, da ergeben sich neue Wasserwegsamkeiten. Einschließen sollte der einschlusswirksame Bereich schon laut der bisherigen Anforderungen von Gabriel die Radionuklide nur so weit, dass unter ungünstigen Bedingungen jeder tausendste Anwohner eine schwerwiegende Krankheit wie Krebs bekommen durfte. Haben Sie, Frau Bertholdes-Sandrock, das einmal auf 35 000 Generationen hochgerechnet, die eine Million Jahre abbilden? - Klar, dass das eine schlechte Außenwirkung hat. Das versteht nämlich jeder, wahrscheinlich sogar Sie.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ich verstehe es, ehrlich gesagt, nicht!)

Deshalb will Röttgen das durch den heute gültigen Dosisgrenzwert ersetzen. Ein Grenzwert ist kein Freibrief, sondern eine kalkulierte Zahl von Toten und Krankheiten. Obwohl man den Grenzwert künstlich hochhält, weil sonst die ganze Atomlogistik zusammenbräche, musste er immer wieder nach unten korrigiert werden.

Meine Damen und Herren, dann soll auch noch die behälterlose Bohrlochlagerung zugelassen werden, die billigste und gefährlichste aller Lagertechnologien.

niken - wieder der Atomlobby zu Diensten, wieder haarsträubenden wissenschaftlichen Erkenntnissen aus den Niederlanden bezüglich der Strahlungsempfindlichkeit von Salz zum Trotz. Ihre Rechnung enthält viel zu viele Unbekannte. Andere Bundesländer bestimmen über das niedersächsische Schicksal, über das Schicksal des Wendlandes - Gesundheitsbetreiber, die nur ihr eigenes Land vom Atomdreck freihalten wollen.

Was macht die atomophile Landesregierung Niedersachsens? - Da ist alles täglich im Fluss, antwortete das NMU auf die Frage, mit welcher Haltung man in die morgige entscheidende Sitzung des Hauptausschusses Atomenergie von Bund und Ländern hineingehen wolle. Das, Herr Wulff, Herr Sander, gehört hier in eine offene Landtagsdebatte!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Statt versprochener Transparenz pflegen Sie trotz Asse wie immer Geheimbündelei: verscharren, verschaukeln, vertuschen. - Auch an dieser Stelle ist sämtliches Vertrauen verspielt!

Interessant finde ich natürlich auch, dass die Rückholbarkeit, die Herr Wulff ja so vehement eingefordert hat, aufgegeben werden soll.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]:  
Auch das ist nicht wahr!)

- Möglicherweise, Frau Bertholdes-Sandrock, will Herr Wulff deswegen Bundespräsident werden und hier nicht mehr Ministerpräsident bleiben.

(Zuruf von Ursula Körtner [CDU])

- Frau Körtner, da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht. Frau Bertholdes ist nicht für alles zuständig. Da haben Sie recht.

(Ursula Körtner [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie reden von „Weitblick“, aber schon im Nahbereich brauchen Sie einen Blindenhund.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt Herrn Bäumer von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön!

#### **Martin Bäumer (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Herzog, ich höre Ihnen immer wieder gerne zu.

(Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Ihnen zuzuhören ist fast so schön, als wenn ich meinen Kindern zu Hause Märchen vorlese. Davon haben wir beide etwas.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Nur kein Neid auf Kompetenz!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kernenergie ist ein sehr emotionales Thema.

(Zurufe - Unruhe)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Herr Kollege Bäumer, vielleicht warten Sie einen Moment. Wir warten alle. - So, jetzt können Sie fortfahren.

#### **Martin Bäumer (CDU):**

Das Kernkraftwerk Krümmel gehört mit Sicherheit dazu. Das wissen wir auch nicht erst seit heute, sondern das wissen wir schon seit der Diskussion, die wir hier im Plenum am 17. März 2010 zu diesem Thema geführt haben. Ich bin mir sicher, das wird auch in Zukunft so sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach umfangreicher Diskussion hat dieser Landtag am 17. März 2010 entschieden, diesen Antrag noch einmal im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu beraten. Das haben wir am 19. April 2010 getan. Zu dieser Ausschusssitzung hatten die Landtagsfraktionen von CDU und FDP so, wie angekündigt, fristgerecht einen Änderungsvorschlag vorgelegt. Danach ist lange nichts passiert. Erst am Tag der letzten Sitzung des Umweltausschusses vor diesem Landtagsplenum, also am 31. Mai, gab es seitens der Grünen eine Tischvorlage mit dem Text der Resolution aus Hamburg, nachdem mir Herr Wenzel dies bereits am 29. Mai, also zwei Tage vorher, am Samstagabend per E-Mail angekündigt hatte.

Warum erzähle ich Ihnen das? - Damit Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, erkennen können, mit welcher Ernsthaftigkeit die Opposition in dieser Sache arbeitet. Wenn Ihnen, Herr Wenzel, wirklich daran gelegen wäre, in dieser Angelegenheit einen einstimmigen Beschluss zu erwirken, dann wären Sie früher auf uns zugekommen als



zwei Tage vor der Sitzung des Umweltausschusses.

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Zwei Tage sind ein paar mehr als bei Ihren Vorlagen zum Rechtsausschuss!)

Warum wir hier im Landtag - Herr Limburg, bleiben Sie ein bisschen ruhig - dem Text der Resolution aus dem Landkreis Harburg nicht zustimmen können, habe ich Ihnen bereits im Umweltausschuss erklärt. Die Resolution ist nämlich in mehreren Punkten unpräzise. Erstens liegt die Atomaufsicht mittlerweile beim Justizministerium. Zweitens hat es in Krümmel nicht Störfälle in rechtlich-fachlichem Sinne gegeben, sondern Vorfälle oder gravierende Störungen des Betriebsablaufs.

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Herr Bäumer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Sohn?

**Martin Bäumer (CDU):**

Nein. - Drittens. Vor dem gegebenenfalls gerechtfertigten Entzug der Betriebserlaubnis muss in einem Rechtsstaat zunächst eine Prüfung der Zuverlässigkeit des Betreibers stattfinden. Viertens. Betreiber des Kraftwerks Krümmel - in diesem Punkt bin ich ziemlich enttäuscht von Ihnen, weil Sie das gar nicht genau erkannt haben - ist die Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH und nicht die Vattenfall Europe Aktiengesellschaft.

(Zustimmung von Kurt Herzog [LINKE])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Unstimmigkeiten haben wir in unserem Änderungsvorschlag präzisiert. Dieser Vorschlag liegt Ihnen seit mehr als sechs Wochen vor. Wenn es Ihnen, Herr Wenzel, um die Sache ginge, dann würden Sie unserem Vorschlag gleich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Sehr gut!)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Frau Kollegin Staudte, Sie wollten kurz intervenieren. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Miriam Staudte (GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bäumer, Sie haben uns vorgeworfen, wir würden

nicht ernsthaft an die Sache herangehen. Ich muss wirklich sagen: Ihre Argumentation hier ist absolut lächerlich.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Welche Argumentation?)

- Genau: Welche Argumentation? - Sie behaupten, es habe daran gelegen, dass der Titel von Vattenfall nicht korrekt benannt worden sei. Meines Erachtens liegt es aber eher daran, dass Sie Ihren Kollegen vor Ort gestatten, sich als Atom- und Krümmelgegner darzustellen. Letztendlich landen Sie dann hier aber immer als Bettvorleger von Vattenfall.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Was die Zuverlässigkeit von Vattenfall anbelangt, möchte ich Sie noch einmal an unsere letzte Debatte hier im Landtag erinnern. Wir haben hier über Krümmel und Vattenfall diskutiert. Vattenfall hat erst an jenem Tag der Atomaufsicht gemeldet, dass es wegen einer Kühlwasserpumpe erneut einen Störfall gegeben hat, obwohl dieser Störfall schon fünf Tage vorher aufgetreten war. Angesichts dessen frage ich Sie: Muss erst jetzt geprüft werden, ob dieser Betreiber überhaupt noch zuverlässig ist oder nicht? - Ich denke, wir wissen das eigentlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch etwas: Vattenfall hat nach den Ereignissen und nach dem Trafobrand eine Klage gegen die Atomaufsicht eingereicht. Die Atomaufsicht wollte, dass Vattenfall Tonbandaufzeichnungen - - -

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Frau Staudte, letzter Satz, bitte!

**Miriam Staudte (GRÜNE):**

Ja. - Die Atomaufsicht wollte, dass Vattenfall in der Leitstelle Tonbandaufzeichnungen durchführt. Der Betreiber klagt dagegen - gegen etwas, was in jedem Flugzeug gang und gäbe ist! In jedem Flugzeug gibt es eine Blackbox, sodass man nachvollziehen kann, wie die Abläufe waren. Ein solcher Betreiber ist nicht zuverlässig. Dem muss deshalb auf Dauer die Betriebsgenehmigung entzogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Herr Bäumer hat die Chance zu antworten. Bitte schön!

**Martin Bäumer (CDU):**

Frau Kollegin Staudte, ich erkläre es Ihnen gerne noch einmal, weil dies anscheinend erforderlich ist. Wir leben in einem Rechtsstaat. Wenn der Betreiber unzuverlässig ist, dann gehört ihm die Betriebserlaubnis entzogen. Wenn er zuverlässig ist, darf er das Kernkraftwerk betreiben. Bis das festgestellt wird, besteht aber überhaupt kein Grund, hier im Landtag einen Beschluss zu fassen. Nicht wir stellen das fest, sondern das macht die Atomaufsicht in Schleswig-Holstein.

Frau Staudte, auch wenn Sie immerzu den Kopf schütteln: Was das Thema Klagen und Aufzeichnungen angeht, möchte ich Ihnen empfehlen: Machen Sie sich einmal sachkundig! Der Stand, den Sie hier gerade wiedergegeben haben, ist gar nicht mehr aktuell.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Frau Bertholdes-Sandrock von der CDU-Fraktion.

**Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grünen fordern die Beteiligung des Niedersächsischen Landtages bei den Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hoch radioaktiver Stoffe; denn schließlich - das hat auch Herr Herzog betont - habe die Menschheit noch nie eine technische Einrichtung für 35 000 Generationen errichten müssen.

**(Präsident Hermann Dinkla übernimmt den Vorsitz)**

Ich will Ihnen Folgendes sagen: Darum geht es primär auch gar nicht. Deshalb müssen wir auch nicht - so formulieren Sie wörtlich - „garantieren, dass eine technische Einrichtung eine Million Jahre überdauert“. Das wäre in der Tat vermessen. Sie versuchen ja auch immer, diejenigen, die sich verantwortungsvoll der Endlagerung widmen, in genau diese Ecke zu stellen.

Sichere Endlagerung ist nicht identisch mit der Sicherheit von Bauwerken. Die Sicherheit von Endlagerung muss daraus resultieren - das dürfte allgemein bekannt sein -, dass der Atommüll von der Biosphäre durch die geologischen Eigenschaften

des Wirtsgesteins abgeschirmt wird - beispielsweise durch Salz mit seiner isolierenden Wirkung - und nicht etwa durch ein Bauwerk, das so lange halten soll. Deshalb sind im Übrigen zumindest bei der Einlagerung in Salz die Eigenschaften des Wirtsgesteins auch deutlich wichtiger als die der Behältnisse, die ohnehin nicht so lange halten werden.

Deshalb treten wir eindeutig für eine Endlagerung in tiefen geologischen Formationen ein, natürlich ohne vorherige bergbauliche Nutzung - Lehre aus der Asse - sowie mit einem Minimum an Schächten und entsprechenden Verschlussverfahren - sofern man keine Rückholung will; denn Salz ist nicht das Wirtsgestein, das dies grundsätzlich nach sich ziehen würde.

Wenn Sie aber nun für eine Rückholung plädieren - sozusagen zur Risikovorsorge, wie Sie formulieren -, bauen Sie damit auch ein anderes Risiko auf. Das muss man ehrlicherweise dazusagen. Sie müssen nämlich den Betrieb dauerhaft offen halten, um das Eingelagerte zu überwachen. Das müssen künftige Generationen nach Ihnen noch sehr, sehr lange tun. Das heißt: Sie müssen genau abwägen, welche Risikoverlagerung oder gar Risikovergrößerung oder auch Risikominimierung damit verbunden ist. Dies ist gegenwärtig in der Diskussion noch zu leisten. Darüber ist noch gar nicht entschieden. Auch der gegenwärtige Bundesumweltminister wird sich dieser Frage stellen.

Herr Herzog, Sie kritisieren bei Gorleben veränderte Sicherheitsanforderungen als nachträgliche Anpassung, schließlich wollen Sie das Ganze unmöglich machen. Allerdings muss man seit 1983 die wissenschaftlichen Erkenntnisse einbauen. Zum Teil sind die Sicherheitsanforderungen höher, gerade wenn wir jetzt von einer Rückholbarkeit über 500 Jahre reden in Bezug auf die Behälter, die ja so lange halten müssen - das wissen wir aus der Asse -; sonst kann man ja nichts zurückholen. Natürlich gibt es auch dadurch Aktualisierungen, dass ab 2014/2015 der Schacht Konrad in Betrieb sein wird.

Meine Damen und Herren, ich erwarte bei dieser sensiblen Materie wesentlich mehr Sachlichkeit - nicht die plumpen moralischen Beschimpfungen, die wir eben gehört haben, und auch nicht die Clownerien mit irgendwelchen Gewalteinwürfen, die im Moment in Gorleben ablaufen. Denn noch ist vieles im Stadium der Diskussion, der wir uns ganz entschieden zu stellen haben. Im Übrigen wird dieser Punkt auch bei der morgigen Sitzung

des Bund-Länder-Ausschusses Atomkernenergie von der Tagesordnung genommen, soweit ich weiß.

Ganz wichtig ist dabei, Herr Herzog - das müssen wir einmal genau sagen -: Mit der Einigung auf Sicherheitsanforderungen wird einer Eignungsaussage in keiner Weise vorgegriffen. Seien Sie also vorsichtig mit Ihrer Behauptung, dass mit den Sicherheitsstandards - die im Übrigen noch nicht verabschiedet sind - jetzt auch gleich die Sicherheit niedriger gesetzt werde. Im Gegenteil - ich habe es eben angedeutet -, mit der bloßen Rückholbarkeit und der mechanischen Integrität der Behälter - so nennt sich das - wird im Grunde ein höheres Sicherheitsniveau erwartet - übrigens höher als das, was Herr Gabriel formuliert hat; er hat nämlich von „Bergung“ gesprochen. Jetzt geht es darum, nicht nur zu bergen - was nämlich in der Asse gar nicht geht; das haben Sie ja über lange Zeit hinweg verbockt -,

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN)

sondern wenn Sie etwas zurückholen wollen, muss es in Behältern sein, die 500 Jahre halten. Das ist eine Sicherheitsanforderung, von der bisher noch niemand in dieser Intensität gesprochen hat.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Kollegin?

**Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):**

Nein, ich möchte weiter ausführen. - Ähnliches gilt im Übrigen auch in Bezug auf die angeblich behälterlose Bohrlochlagerung. Meinen Sie denn, da wird einfach irgendetwas hineingeschüttet oder geplempert? - Das sind sehr wohl Edelstahlbehälter,

(Lachen bei der SPD)

die sich auch noch einer Sicherheitsanalyse unterziehen müssen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Wie in der Asse! Ganz sorgfältig! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie beklagen zu Recht den Abbruch der Forschung. Das haben in der Vergangenheit die Minister Trittin und Gabriel veranlasst. Erst Minister Röttgen hat sie wieder aufgenommen. Das ist es ja auch, was Sie so beunruhigt.

(Beifall bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das waren Herr Töpfer und Herr Riesenhuber, Frau Bertholdes-Sandrock!)

Im Übrigen fällt immer wieder auf: Nicht das Nichtstun in der Atompolitik - gerade bei der Endlagerung - hat Sie beunruhigt, sondern das Tun. Das ist eine gefährliche Haltung in der Politik.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss Ihres Antrags kommt natürlich der unvermeidliche Hinweis auf die Asse. Ohne ihn können Sie nicht leben. Aus der Asse lernen wir zwar viel, aber nur wenig gegen Gorleben; denn in der Asse gab es keinerlei anlagenbezogene Forschung. Darum ist die Asse auch nie der „Prototyp für Gorleben“ gewesen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Und die Erde ist eine Scheibe!)

Meine Damen und Herren, was wir wirklich brauchen, ist ein offener, breiter Dialog innerhalb unserer Gesellschaft - ergebnisoffen, fair, unter Einbeziehung internationalen Sachverständes und mit allen gesellschaftlichen Gruppen - aber nicht so, wie es die Bürgerinitiative in Lüchow-Dannenberg gesagt hat: „Mit uns nicht!“ Nur so können wir unserer Verpflichtung gerecht werden, die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Endlagerung zu lösen und in dieser Hinsicht einen Beitrag - das kam in Ihrem Tonfall nicht zum Ausdruck; das erwarte ich auch nicht - zur Befriedung in Deutschland zu leisten. In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen - auch mit Ihnen, Kollege Herzog.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen Wünsche für Kurzinterventionen vor. Das Verfahren ist bekannt. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Meyer von der SPD-Fraktion das Wort.

**Rolf Meyer (SPD):**

Liebe Kollegin Bertholdes-Sandrock, wenn es eine Weltmeisterschaft im Schönreden geben würde, wären Sie garantiert Weltmeisterin.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie eben dargestellt haben, ist erstens eine Geschichtsklitterung und geht zweitens an der Sache vorbei. Sie haben offenbar gar nicht gele-

sen, was von Herrn Röttgen alles verändert werden soll, wenn es denn am Ende so beschlossen wird.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Das, was wichtig ist, nennen Sie nicht!)

Aber das, was der Kollege Bäumer vorhin gesagt hat, liegt ja auf Ihrer Linie. Sie versuchen hier wieder, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Das, was Sie vor Ort noch lautstark feiern, wird hier wieder zurückgenommen, eingegrenzt und mit semantischen Fisimatenten zu ummanteln versucht. Da stört man sich an einzelnen Begriffen. Darüber hätte man sicherlich auch eine Übereinkunft finden können. Aber Sie wollen das in Wirklichkeit gar nicht. Sagen Sie doch offen und ehrlich, dass Sie für Atomenergie eintreten, und versuchen Sie nicht wieder, mit diesen Wortspielchen zu kommen!

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Mit welchen denn? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Frau Bertholdes-Sandrock, das schönste Beispiel ist die Formulierung, mit der uns Ihre sogenannten Fachleute erklären wollen, was Sie da machen. Sie bezeichnen etwas „Versturztechnik“. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie man den Leuten Sand in die Augen streut. Man kippt einfach etwas um und nennt das dann „Versturztechnik“.

Und dass Ihre Edelstahlbehälter diese Zeit überdauern sollen, ist doch wohl eine Lachnummer. Das glauben Sie doch nicht wirklich selbst.

(Beifall bei der SPD - Kreszentia Flauger [LINKE]: Blechdosen!)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Möchte die CDU-Fraktion Stellung nehmen? - Ja. Frau Kollegin Bertholdes-Sandrock, bitte!

**Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):**

Das, was hier immer sehr auffällig ist, Herr Kollege Meyer, ist auch gerade wieder deutlich geworden: Sie haben bereits der Weisheit letzten Schluss, während die ganze Welt noch im Unsicheren ist.

(Beifall bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Nicht die ganze Welt! Nur eine kleine Fraktion!)

Sie haben eben die Behauptung aufgestellt, ich klittere hier herum. Gerade in Bezug auf die Behälter sage ich Ihnen: Was die Lagerung der Glaskillen angeht, die ein Drittel des Abfalls ausmachen

werden, haben wir bis jetzt noch keine endgültige Entscheidung. Auch auf der Tagesordnung dieses Ausschusses steht das nicht.

Außerdem sprechen Sie immer von behälterloser Lagerung. Es werden doch Edelstahlbehälter eingesetzt, die den Vorteil haben, dass sie weniger Eisen in den Grund einbringen. In einer Sicherheitsanalyse, die noch nicht einmal begonnen hat, haben wir zu untersuchen - das wird noch kommen -, ob diese Behälter den dickwandigeren Behältern unterlegen oder überlegen sind. Dieses Ergebnis haben auch Sie noch nicht - so sehr Sie sich auch bemühen, mich hier madig zu machen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Wenzel das Wort. Bitte!

**Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bertholdes-Sandrock, Sie irren natürlich, wenn Sie behaupten, dass Herr Trittin die HAW-Versuche abgebrochen habe. Es waren Minister Töpfer und Minister Riesenhuber, die solche Versuche damals eingestellt haben.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Sie irren auch in Bezug auf die anlagenbezogene Forschung, die Gorleben-relevant war und die in der Asse stattfand. Der Bundesrechnungshof hat eindeutig festgestellt, dass das so war. Die entsprechenden Akten stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Ich habe in Ihrem Beitrag eine Antwort auf den Kern unseres Antrages vermisst. Von daher frage ich Sie jetzt noch einmal: Sind Sie mit mir der Auffassung, dass solche Sicherheitsanforderungen mit einer solch großen Relevanz für so viele nachkommende Generationen von einem Parlament beschlossen werden sollten, und zwar, da Bundes- und Landesinteressen betroffen sind, sowohl von unserem Parlament als auch vom Bundestag oder auch von den anderen Landesparlamenten, die natürlich ebenfalls damit befasst werden müssten?

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Warten wir doch erst einmal den Gesetzentwurf ab!)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Eine weitere Kurzintervention liegt mir vom Kollegen Herzog vor. Bitte!

**Kurt Herzog (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bertholdes, vorweggenommen: Mit solchen Reden werden Sie nie atompolitische Sprecherin der CDU.

(Beifall bei der LINKEN - Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Was sollen denn diese persönlichen Angriffe?)

Folgendes möchte ich zurückweisen: Die Protestaktionen im Wendland sind keine Clownerien mit Gewalteinwürfen, sondern im Wendland gibt es bis hin zum Kreistag eine ganz klare Ablehnung der Anlagen und der Atomenergie insgesamt. Ich lese deshalb noch einmal aus dem Beschluss des Kreistags vom 15. April 2010 Folgendes vor:

„Die ... Hoffnung des Kreistages, dass nach den katastrophalen Erfahrungen mit der Einlagerung schwach und mittelradioaktiver Abfälle in der Asse ein grundsätzliches Umdenken in den verantwortlichen Ministerien und Institutionen einsetzt, hat sich bedauerlicherweise nicht bewahrheitet. Vielmehr konnte der Kreistag mitverfolgen, wie die Sicherheitsanforderungen sukzessive an einen bereits im Voraus politisch festgelegten Standort angepasst wurden. Der Kreistag ist in Sorge, dass es im Rahmen der Beratungen in der Bund-Länder-Kommission nochmals zu unverantwortbaren Aufweichungen der Sicherheitsanforderungen kommt.“

Das hat sich nun eindeutig und genau bestätigt, Frau Bertholdes, auch wenn Sie hier offensichtlich dafür antreten, diese Dinge gesundzureden und schönzureden. Wer die Lagerung in einem Behälter, also sozusagen in einer Blechdose, als langzeitsicher darstellt und sich damit hier sachkundig darstellen will, wird in der Tat nie atompolitische Sprecherin der CDU.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Für die CDU-Fraktion: Bitte, Frau Kollegin!

**Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):**

Wo nichts anderes mehr hilft, sollen es dann die persönlichen Angriffe richten.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Davon sind Sie ja völlig frei, nicht wahr?)

Lassen mich etwas zur Beteiligung des Landtages sagen. In allen Landtagen und im Bundestag, in allen Parlamenten, jedenfalls in einer parlamentarischen Demokratie - ich weiß nicht, wie viel Sie davon verstehen -,

(Beifall bei der CDU - Hey! von der SPD)

drücken sich in erster Linie aktuelle und auch sich verändernde politische Mehrheiten - darauf hoffen auch Sie - aus. Wir alle - Sie vielleicht ausgenommen; ich gehöre jedenfalls nicht dazu - sind keine moralischen und fachlichen Oberinstanzen. Sehr wohl hat das Parlament eine außerordentliche Kontrollfunktion. Ich wünsche mir, dass in Zukunft alle gesellschaftlichen Kräfte - das kann man nicht mit aktuellen politischen Mehrheiten beschließen - an dieser Diskussion in gesellschaftlich größerem Konsens teilnehmen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Dazu gehört es nicht, zu spalten, sondern dazu gehört es, sachliche Ergebnisse zusammenzuführen und auszuwerten.

(Beifall bei der CDU)

Warten Sie doch erst einmal die Vorlagen ab! Die kennen Sie genauso wenig wie ich, weil es sie noch nicht gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Dr. Hocker von der FDP-Fraktion das Wort.

(Rolf Meyer [SPD]: Jetzt aber ein bisschen mehr Substanz, Herr Hocker!)

**Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den vergangenen Jahren hat es im Kernkraftwerk Krümmel mehrere Vorfälle gegeben, die durch den Betreiber zwar den rechtlichen Vorgaben entsprechend, aber für die Politik und die Menschen in der Region nur unbefriedigend, d. h. verspätet, also erst nach einiger Zeit, vollständig kommuniziert worden sind. Einerseits zeugt eine solche Kommunikationspolitik von wenig entwickeltem Fingerspitzengefühl für die Ängste und Befürchtungen der Menschen in der Region, andererseits resultiert die mangelhafte Kommunikation des

Betreibers mit skandinavischen Wurzeln auch aus einem gelasseneren Umgang mit dem Thema „Kernenergie“ in anderen Ländern Europas.

(Beifall bei der CDU)

Von jedem Konzern, der in Deutschland ein Kraftwerk betreibt, erwarten wir, dass er nicht nur die gesetzlichen Auflagen hinsichtlich der alltäglichen Sicherheit und der Meldepflichten erfüllt, sondern auch die Befindlichkeiten und die Befürchtungen der Menschen respektiert und etwaige Vorfälle proaktiv und nicht erst mit einigen Tagen Verzögerung an die Behörden auch jenseits der Landesgrenzen meldet.

Wenn diese Erwartungshaltung an die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Informationspolitik wiederholt nicht erfüllt wird, ist es unserer Meinung nach nur konsequent, prüfen zu lassen, inwiefern die gegenwärtige Betreibergesellschaft tatsächlich einen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Betrieb gewährleisten kann. Dies zu prüfen, fordern wir die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, nicht mehr und nicht weniger.

Neben dem Umstand, dass wir mit dieser Forderung unseres Änderungsantrages die Prüfung dem zuständigen Ministerium der schleswig-holsteinischen Landesregierung überlassen, war es uns ein Anliegen, sprachliche Fehler, die aus Unwissenheit oder aber absichtlich in dem ursprünglichen Antrag der Grünen enthalten waren, zu korrigieren.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):**

Nein, jetzt nicht!

Nach der International Nuclear Event Scale, INES, die meldepflichtige Ereignisse kategorisiert, gab es, anders als in Ihrem Antrag behauptet, Herr Wenzel, in Krümmel zu keinem Zeitpunkt einen Störfall. Dieses ganz bewusste Spielen mit Unwahrheiten ist nicht nur fahrlässig, sondern auch unzulässig, weil es der Bedeutung des Themas nicht angemessen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wollen Sie damit sagen, dass sich die Menschen vor Ort geirrt haben?)

Meine Damen und Herren, wir spielen nicht mit Worten. Wir wollen, dass der Betreiber von Krümmel überprüft wird und dass das Ergebnis mit allen seinen Konsequenzen umgesetzt wird. Ich hoffe, dass Sie sich unseres Änderungsantrages nicht verweigern, meine Damen und Herren.

Hinsichtlich Ihres Antrages zu den Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung darf ich Ihnen sagen, dass Ihr Versuch, den ehemaligen Bundesumweltminister Gabriel im Nachhinein ins rechte Licht zu rücken, scheitert. Gerade Herr Gabriels Ministerium hat sich noch im Juni 2009, kurz vor seiner Abwahl, in seinen Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle gegen eine Rückholung ausgesprochen. Ich zitiere von Seite 3: Eine Rückholung der radioaktiven Abfälle ist im Endlagerkonzept nicht vorgesehen. - Anders als offensichtlich Herr Gabriel haben wir aus den Erfahrungen mit der Asse gelernt, und deshalb sehen wir die Möglichkeit der Rückholbarkeit als eine Option für einen aufzustellenden Notfallplan.

Im Übrigen tragen die geplanten Festlegungen für die Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle bereits jetzt in ihrem Entwurfsstand des federführenden BMU dem größtmöglichen Sicherheitsniveau Rechnung. So muss z. B. bis zum Verschluss des Endlagers als Möglichkeit, Fehler wieder zu korrigieren, die Bergung von Abfällen möglich sein, ein Mehrbarriersystem muss realisiert werden,

(Kurt Herzog [LINKE]: Das ist doch gar nicht wahr! Das stimmt doch gar nicht!)

und schließlich muss ein Kontroll- und Beweissicherungsprogramm auch nach Stilllegung des Endlagers durchgeführt werden. Auf dieser Grundlage, meine Damen und Herren, werden wir dieses Thema im Ausschuss begleiten. Auf die Diskussionen mit Ihnen freue ich mich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Es liegen mir Wünsche für Kurzinterventionen vor. Als Erstem erteile ich dazu dem Kollegen Wenzel das Wort.

**Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Herr Dr. Hocker, ich gehe davon aus, dass auch Sie in der Regel die Pressespiegel lesen und auch

etwas von dem Fall mitbekommen haben, bei dem wegen eines Brandes im Transformator u. a. der Reaktorfahrer seine Gasmasken aufsetzen musste. Nennt man das jetzt „Störfall“? Nennt man das „meldepflichtiges Ereignis“? Nennt man das „Unfall“ oder „Vorfall“, oder nennt man das „Brand“? - Auf jeden Fall musste die Feuerwehr kommen. Die Definition überlasse ich Ihnen.

Aber Sie mögen bitte zugestehen, dass die Menschen, die dort in der Umgebung wohnen und solche Dinge mitbekommen, aufs Höchste beunruhigt sind, wenn sie zudem noch feststellen müssen, dass ihr Landrat und ihr Bürgermeister nicht auf direktem Wege und sofort informiert werden, sondern dass erst ein Wachmann, der draußen vor dem Gelände steht, bei der Atomaufsicht anrufen muss, weil der zuständige Betreiber der Anlage das nicht für nötig hält.

Wenn Sie, Herr Dr. Hocker, das alles für normal halten, dann machen Sie so weiter! Dann garantiere ich Ihrer Partei aber auch, dass es bei den 5 %, bei denen Sie im Moment liegen, nicht bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Nun erteile ich auch Herrn Kollegen Meyer zu einer Kurzintervention das Wort.

**Rolf Meyer (SPD):**

Ich habe nur eine Frage an den Kollegen Dr. Hocker. Herr Kollege Dr. Hocker, können Sie sich daran erinnern, dass wir bei der letzten Debatte darauf hingewiesen haben, dass Minister Sander gegenüber einer Besuchergruppe öffentlich dargestellt hat, dass dieses Atomkraftwerk dann, wenn er die Entscheidung treffen könnte, nicht wieder ans Netz gehen würde, und dass er diese Aussage auch noch einmal bestätigt hat?

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Herzog das Wort zu einer Kurzintervention. Bitte!

**Kurt Herzog (LINKE):**

Herr Dr. Hocker, ich weiß nicht, wer Ihnen Ihre Reden schreibt. Ich empfehle Ihnen aber noch einmal einen Kontakt zu den FDP-Menschen bei uns im Landkreis. Diese sind kundig. Lassen Sie sich von ihnen beispielsweise über Mehrbarrierensysteme aufklären. Sagen Sie mir einmal, wo in Gorleben ein Mehrbarrierensystem vorgesehen ist. Ich will Ihnen die Situation noch einmal darstellen. Zunächst einmal gibt es eine Blechbüchse. Diese hat vor dem Hintergrund eines Zeitraumes von einer Million Jahren überhaupt keine Wirkung. Sie reicht noch nicht einmal für einen Wimpernschlag. Die Blechbüchse ist keine Barriere.

Das Zweite ist das Medium Salz, von dem wir wissen, dass das Anhydrit - wassergängig - ein Problem ist, dass das Carnallit - wassergängig - ein Problem ist und dass die Frostrisse ein Problem sind. Damit beschäftigen Sie sich gar nicht. Sie sprechen einfach von einem einschlusswirksamen Bereich und sagen: Salz hält.

Darüber gibt es ein völlig diffuses, zerstörtes Deckgebirge. Die ehemals vorgesehene Barriere, z. B. ein intaktes Deckgebirge, gibt es auch nicht mehr. Man hat sich einfach auf den sogenannten einschlusswirksamen Bereich zurückbesonnen. Das ist eine virtuelle Größe mit keinerlei Aussagekraft.

Ein Letztes. Wenn man einmal von der sehr gut vorstellbaren Größe, jeder Tausendste in der Umgebung dürfe an Krebs erkranken, abgeht und zu dem Wert von 0,1 Millisievert pro Jahr, was die Betroffenheit der Anwohner angeht, übergeht, kommt man zu dem heute gültigen Grenzwert, der in den letzten Jahrzehnten mehrfach gesenkt werden musste. Das ist der Grenzwert für Atomkraftwerke im Normalbetrieb. Wenn in einem Endlager, das mit einem Atomkraftwerk, das man gegebenenfalls noch abschalten kann, überhaupt nicht vergleichbar ist, Strahlung austritt, ist es Schluss mit lustig. Dann ist nichts mehr stoppbar. Dann nützt Ihnen kein Grenzwert.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Die FDP-Fraktion hat jetzt die Möglichkeit zur Entgegnung. Herr Dr. Hocker, bitte!

**Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):**

Herr Wenzel, Sie haben gesagt, die Definition, was ein Störfall sei, überließen Sie mir. Es ist nicht meine Aufgabe und auch nicht Ihre Aufgabe zu definieren, was ein Störfall ist. Es gibt objektive Kriterien dafür, wann ein Störfall vorliegt bzw. nicht vorliegt. Wenn Sie einen Antrag formulieren, würde ich Ihnen empfehlen, dass Sie sich, um die Men-

schen nicht zu verunsichern, einfach an die objektiven Kriterien, die es gibt, halten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Meyer, Sie haben sich auf den Umweltminister bezogen, der einer Besuchergruppe gesagt hat, er würde Krümmel abschalten, wenn dies in seiner Macht stünde. Nichts anderes ist das, was wir sagen. Wir erteilen den Auftrag zu prüfen, inwiefern der Betreiber verantwortungsbewusst ist. Wenn er nicht verantwortungsbewusst ist, soll das Kraftwerk abgeschaltet werden, sonst nicht. Das ist eine ganz einfache Situation. Wenn der niedersächsische Umweltminister diese Entscheidung nicht trifft, so ist das richtig; denn sie fällt gar nicht in seinen Zuständigkeitsbereich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Als Letztes danke ich Ihnen für Ihren Hinweis, Herr Herzog. Meine Reden entwickle ich selber.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### **Präsident Hermann Dinkla:**

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Busemann das Wort.

#### **Bernhard Busemann, Justizminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie, Herr Wenzel, zunächst etwas beruhigen. Morgen tagt der Länderausschuss wohl doch. Es geht dort letztlich um einen bundesrechtlichen Zusammenhang. In diesem Ausschuss wird morgen beraten und vielleicht eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Wir erwarten nicht, dass man aus der Sitzung mit Beschlüssen herauskommt, schon gar nicht mit bindenden Beschlüssen. Das ist das eine.

Auch in Ihre Richtung, Frau Emmerich-Kopatsch, möchte ich noch eine Bemerkung machen. Es juckt mich, das zu tun. Wenn Sie Ihre Rede einmal analysieren und alles, was dort an Unterstellungen zusammengetragen war, herausstreichen, bleibt wirklich nur eine Pommesbude übrig. Damit kann man sich wirklich nicht auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Herzog, ich hatte mich eigentlich auch auf einen Disput mit Ihnen gefreut. Ich will das nun aber auf einen Glückwunsch reduzieren. Sie sind seit zweieinhalb Jahren hier unser Kollege. Sie

haben jetzt zum 25. Mal die gleiche Rede gehalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie bemerken die Unterschiede gar nicht!)

Wir müssen hier über ein schwieriges Thema offen miteinander debattieren. Wer unter lokalen Gesichtspunkten so festgelegt ist, so stigmatisiert ist wie Sie, sollte vielleicht einmal überlegen, ob er überhaupt debattierfähig ist. Mit jemandem, der geradezu vernagelt ist, kann man nicht sprechen. Es tut mir leid, das sagen zu müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Thema ist viel zu wichtig, als dass Sie für sich eine solche Festlegung vornehmen können.

Ich will mich zu den beiden Anträgen einlassen, um die es letztlich geht. Dass das ein bisschen in die Generaldebatte übergeht, ist klar. Zunächst eine Bemerkung vorweg. Die Position der Niedersächsischen Landesregierung ist völlig klar: Im Rahmen einer verantwortungsvollen Energiepolitik bleibt die Kernenergie derzeit unverzichtbar. Das ist so, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Wir können wunderbare Entwicklungen miteinander vollziehen. Wir können die Dinge im Bereich von Solarenergie, Windenergie, Biogas und erneuerbaren Energien weiterentwickeln - alle Fachleute werden Ihnen vorrechnen, dass Sie sich unter dem Aspekt der Grundlastversorgung mit Kohle, Gas und Kernenergie auseinandersetzen müssen. Das heißt, Sie werden an der Kernenergie nicht vorbeikommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer damit nicht klarkommt, tut sich in der Debatte schwer. Sie können nicht gegen die mathematischen Denkgesetze anargumentieren.

Der erste Antrag bezieht sich auf den Reaktor Krümmel. Die Niedersächsische Landesregierung kann die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger im Umfeld des Kernkraftwerkes Krümmel natürlich nachvollziehen. In Niedersachsen werden wir als unmittelbare Nachbarn deshalb auch ein Auge darauf haben, dass die zuständigen Behörden in Schleswig-Holstein alles in ihrer Kompetenz Liegende unternehmen, damit ein sicherer Betrieb des Kernkraftwerkes Krümmel gewährleistet ist. Wie in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz schon dargelegt, ist es uns ein zentrales Anliegen, dass das Kernkraftwerk Krümmel von verantwortungsbewussten und



zuverlässigen Betreibern auf dem erforderlichen Stand von Wissenschaft und Technik gehalten und betrieben wird. Wir würden der Beschlussempfehlung des Ausschusses insofern zustimmen.

Damit aber auch das klar ist: Sie können nicht sozusagen nach Bauchgefühl, aus politischem Wunschdenken heraus beschließen, Genehmigungen und Zulassungen zu widerrufen oder Gebäude bzw. Kernkraftwerke zu schließen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Herr Kollege Bäumer hat das schon gesagt. Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines privat Betroffenen: Sie haben ein Häuschen und einen Nachbar, der Sie nicht leiden kann, bei Ihnen Asbest im Hause mutmaßt und beim Landkreis beantragt, die Baugenehmigung zu widerrufen oder das Haus per Abbruchverfügung abzureißen. Sie würden in einem solchen Falle mit Recht sagen: Wir leben in einem Rechtsstaat. Wir wollen doch einmal sehen, ob das so einfach geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was wir vonseiten des Staates - auf welcher Ebene auch immer - tun, muss gerichtsfest sein. Es hat nicht irgendwelchen Herzenslagen oder Parteitagsbeschlüssen zu entsprechen. Das muss klar sein.

Ein Weiteres. Eine verantwortungsbewusste Nutzung der Kernenergie bedeutet auch, dass der anfallende und der bereits seit Jahrzehnten angefallene Abfall dauerhaft, sicher und verantwortungsvoll entsorgt wird. Dafür ist im Übrigen - das vergessen manche - der Bund zuständig und verantwortlich. Ihnen ist sicher bekannt, dass - darum geht es auch heute - über eine Neufassung der Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle diskutiert wird. Die Anforderungen legen fest, welches Sicherheitsniveau ein solches Endlager einzuhalten hat. Neben allgemeinen Schutzziele werden insbesondere auch Anforderungen an die Errichtung, an den Betrieb, an die Zulassung sowie an die Beaufsichtigung der mit Endlagern befassten Organisationen beschrieben. Ich denke, es ist ein gutes Ansinnen, dass man dies so festlegen will. Das Ziel ist, auf jeder Ebene - wo auch immer - möglichst eine 100-prozentige Sicherheit zu erreichen. Relative Sicherheitslagen reichen uns nicht. Das absolute Topmaß ist das Maß der Dinge.

Die in einem Entwurf des Bundesumweltministeriums entwickelten Anforderungen, die den jetzigen Stand von Wissenschaft und Technik repräsentieren, ersetzen die im Jahre 1983 vom Bundesumweltministerium veröffentlichten Sicherheitsanfor-

derungen. Der damalige Bundesumweltminister Gabriel hat im Januar 2009, also vor anderthalb Jahren, bereits einen ersten Entwurf der geänderten Sicherheitsanforderungen vorgelegt und beabsichtigte, diese ohne angemessene Länderbeteiligung im Mai 2009 zu veröffentlichen. Er war lange genug in der Landespolitik tätig. Dass ihm das unterlaufen konnte, hat mich doch etwas gewundert.

(Unruhe)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Minister, ich darf Sie kurz unterbrechen. Ich möchte jetzt dringend darum bitten, dass die Gespräche in den Fraktionen eingestellt werden.

**Bernhard Busemann, Justizminister:**

Erst auf niedersächsische Initiative hin ist dann erreicht worden, dass eine amtliche Veröffentlichung der Sicherheitsanforderungen zunächst ausgesetzt und die Materie in die Gremien zurückverwiesen wurde. Das war wegen einer unzureichenden Beteiligung der Länder und der Fachgremien auch dringend notwendig. Wir können an dieser Stelle Herrn Minister Sander danken; denn er war es, der es in diese Richtung gelenkt hat. Die Länder wollen und müssen schließlich beteiligt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Entwurf der Sicherheitsanforderungen mit Stand von 2010 wird im Hauptausschuss des Länderausschusses für Atomkernenergie weiter beraten und erst nach Einigkeit in allen Sachfragen abgestimmt. Gerade Niedersachsen bringt sich hier aktiv in die Diskussion mit ein. Dass sich Niedersachsen, wie im Antrag behauptet wird, für eine Reduzierung der Sicherheitsstandards eingesetzt hat, ist schlichtweg unzutreffend. Ich weiß gar nicht, wie man darauf kommen kann. Soll ich das „Schwachsinn“ nennen oder „Latrinenparole“? Wie auch immer, wir setzen uns für höchstmögliche Standards an jeder Stelle ein. Solche Unterstellungen auch in parlamentarische Anträge einzubauen, finde ich nicht gerade glücklich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Gegenteil.

(Stefan Wenzel [GRÜNE] übergibt dem Redner eine Broschüre)

- Ja, das lesen wir alles nach.

Niedersachsen hat sich vielmehr für eine Erhöhung des Schutzniveaus der Bevölkerung durch eine weitere Absenkung der Strahlenexposition stark gemacht. So gehen die Niedersachsen da vor.

Darüber hinaus haben wir uns für eine Einlagerungstechnik für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle ausgesprochen, die in der Betriebsphase bis zum Verschluss der Schächte die Option einer Rückholung der Abfälle einbezieht. Hier kann ich Ihnen nur die Anmerkung der Kollegin Bertholdes-Sandrock ans Herz legen. Es ist ein schwieriges, rechtlich wie technisch anspruchsvolles Unterfangen, die Dinge so zu koordinieren, dass sowohl bei der Einlagerung als auch dann, wenn wir die Rückholung organisieren wollen, optimale Sicherheit besteht. Da muss man sich gute Gedanken machen.

Meine Damen und Herren, schließlich noch ein rechtlicher Hinweis. Da gilt es, etwas klarzustellen. Das sagt sogar der Justizminister. Die Anforderungen sind: keine rechtlich bindende Vorgabe für spätere Zulassungsverfahren.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Bernhard Busemann, Justizminister:**

Nein, keine Zwischenfragen. Die Zeit ist schon überschritten. - Die Sicherheitsanforderungen entfalten weder in materieller noch in verfahrensrechtlicher Hinsicht Bindungswirkung gegenüber den zuständigen Landesbehörden. Die Erarbeitung, Beurteilung und Festlegung von Sicherheitsanforderungen gehört fachlich in die Kreise der Sachverständigen und Experten bei den Ländern sowie beim Bund.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Die sitzen aber nicht im Ministerium!)

Deswegen denke ich unter dem Strich, dass der zweite Entschließungsantrag nicht angenommen werden sollte.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sehr gut!)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Nach § 71 Abs. 3 erteile ich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zusätzliche Redezeit. Zwei Minuten!

**Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Busemann, mir ist die Sache bitterernst. Deswegen versuche ich jetzt, Polemik zu vermeiden. Hier im Parlament gab es schon Emsländer wie Herrn Seiters oder Herrn Remmers.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Seiters war hier noch nicht!)

- Ja, der war nicht hier. Er war aber Emsländer und war im Bundestag.

(Jens Nacke [CDU]: Er *ist* Emsländer, immer noch!)

Die haben sich mit aller Vehemenz dagegen gewehrt, dass ein Endlager und eine Wiederaufarbeitungsanlage ins Emsland kommen. Ich glaube, sie haben sich das etwas ernsthafter angekuckt, als Sie das getan haben. Ich stelle Ihnen zudem gern ein paar Studien zur Verfügung, damit Sie von Ihrem Vorurteil, dass die Energieversorgung nur mit Kernkraft möglich ist, herunterkommen. Sie haben hier den Diskussionsstand von vor vielleicht 20 Jahren wiedergegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Sache hatten Sie gestern, meine ich, ausgeführt, dass zum Störfallgesetz 16 Stellungnahmen von verschiedenen Verbänden eingeholt wurden. Wie viele Stellungnahmen sind denn zu diesen Sicherheitsanforderungen eingeholt worden, und wer wurde dabei beteiligt?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sehr gute Frage!)

Es ist ein günstiger Umstand, dass Sie als Justizminister und Rechtsexperte heute an dieser Stelle den Umweltminister vertreten. Ich würde Sie bitten, noch einmal genau vorzutragen, welchen rechtlichen Charakter diese Sicherheitsanforderungen haben. Sie haben vorhin damit begonnen, aber Sie haben dann eine seltsame Kurve gezogen und plötzlich versucht zu erklären, dass am Ende niemand hier im Parlament das Recht habe, sich tatsächlich ernsthaft damit zu befassen, und dass dieser Antrag abzulehnen sei. Das halte ich für eine recht abenteuerliche Einschätzung durch einen Justizminister. Es wäre schön, wenn Sie uns das hier noch einmal genauer vortragen und auch die beteiligten Institutionen nennen könnten. Dafür wäre ich Ihnen dankbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile der Fraktion DIE LINKE ebenfalls nach § 71 Abs. 3 zusätzliche Redezeit. Zwei Minuten!

**Dr. Manfred Sohn (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Busemann, den Beginn Ihrer Polemik hätte ich Ihnen zwar als verfehlt, aber als ganz nett durchgehen lassen: Zum 25. Mal dieselbe Rede - das ist sachlich falsch. Jeder, der die Reden nebeneinander legt, wird das sehen.

(Ulf Thiele [CDU]: Da haben Sie sich aber schon gemeldet!)

Das erklärt sich natürlich auch daraus, dass, wenn von Ihrer Seite 25 Mal wahrheitswidrig behauptet wird, Salz sei für die nächste eine Million Jahre sicher, wir dann 25 Mal hintereinander sagen werden, das ist völliger Blödsinn und sachlich und wissenschaftlich nicht nachvollziehbar.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: „Blödsinn“ ist nicht parlamentarisch!)

Und wenn Sie diesen Blödsinn mit dem Salz 50 Mal wiederholen, dann sagen wir das eben 50 Mal. Trotzdem wird es nicht dieselbe Rede.

Aber, Herr Busemann, die Grenze, finde ich, wurde dann deutlich überschritten, als Sie dagegen anpolemisiert haben. Ich habe mir die Worte notiert. Da ist wohl, habe ich mir gedacht, Herr Busemann nur wegen seines Ministeramtes vier Mal unter der Ordnungsrufschwelle durchgerobbt. „Nicht mehr debattierfähig“ als persönliche Zuordnung, „vernagelt“ als persönliche Zuordnung, „Schwachsinn“ und „Latrinenparole“. Warum entwürdigt sich ein Minister, der sonst einigermaßen vernünftig debattieren kann, mit vier sich selbst dermaßen disqualifizierenden Ausdrücken in dieser Debatte?

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das ist die Frage. Darauf gibt es eine klare Antwort: Weil Sie nicht mehr ein noch aus wissen und weil Herr Böhlke sich tatsächlich die Blöße geben wird, denselben Beschluss, dem er in seinem Kreistag zustimmt, hier nachher abzulehnen. Um darüber hinwegzuwuseln, halten Sie solche unterirdischen Reden, Herr Minister. Das ist der Grund dafür!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile Herrn Minister Busemann das Wort.

(Kurt Herzog [LINKE]: Herr Busemann, erklären Sie doch einmal die Betriebsphase!)

**Bernhard Busemann, Justizminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Herzog, ich denke schon, dass wir uns hier in einer offenen Debatte austauschen können - ob auf der Abgeordnetenseite oder auf der Regierungsseite -, dass wir eine Debatte miteinander pflegen und dass innerhalb einer solchen Debatte auch eine Bewertung darüber zulässig ist, ob jemand von der Sache her debattierfähig ist oder ob ich ihn als so festgelegt betrachte, dass ich zu dem Ergebnis komme, dass es wahrscheinlich keinen Zweck hat, sich manchen seiner Argumente zu stellen und sich damit auseinanderzusetzen, wie ich es artikuliert habe.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Herr Herzog weiß genau, wovon er redet! Bei Ihnen frage ich mich das!)

- Es ist ja wunderbar, dass Sie Ihren Glauben an Herzog beibehalten. Das können Sie gerne tun.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das hat nichts mit Glauben zu tun!)

Ich habe mich in den letzten Jahren sehr oft auf jene Seite gesetzt - Herr Herzog hat es bemerkt -, um zu hören, ob da etwas Neues kommt. Es kommt immer die gleiche Platte.

(Beifall bei der CDU - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Sehr richtig!)

Fragen Sie sich einmal selber, ob Sie da debattierfähig sind. Sie sind auch Abgeordneter für Ihre Region, ich für meine, jeder für seine. Fragen Sie sich, ob Sie Ihrer Region damit einen Gefallen tun, wenn Sie sich hier so festgelegt zeigen. Dann fällt es ja auch schwer, sich irgendwo anzunähern oder einmal etwas gemeinsam zu entwickeln, was ja auch ein parlamentarischer Erfolg in einer schwierigen Frage wäre. Das ist das eine, was ich sagen wollte.

Das andere - Herr Kollege Wenzel, Sie ahnen es -: In der Tat haben Sicherheitsanforderungen keinen Gesetzescharakter. Ich will es nicht ganz vergleichen, juristisch mag das noch feiner abgeklopft werden, aber es hat fast so etwas wie den Charakter von DIN-Normen für einen bestimmten technischen Bereich. Das, was, daraus entwickelt, in

Bundes- und Landesgesetze und vielleicht auch in Verordnungen eingeht, ist in den Verfahren von den zuständigen Stellen - bei Genehmigungen, Widerrufen usw. - einzustellen, ist justiziabel und kann am Ende vor den Gerichten geklärt werden. Aber es ist in der Tat so, dass die Standards, über die wir uns hier unterhalten, keinen Gesetzescharakter haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Kreszentia Flauger [LINKE]: Keine Antwort auf unsere Kurzintervention!)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren.

Eine Vorbemerkung von mir zu Punkt 18: Da eine Unterscheidung der zur Abstimmung vorliegenden Papiere in weitergehende und weniger weit gehende kaum möglich ist, halte ich Sie für damit einverstanden, dass wir zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE abstimmen. Das ist die Drs. 16/2576. Hier liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Da die drei Fraktionen den Antrag gemeinsam gestellt haben, gehe ich davon aus, dass die notwendige Unterstützung damit gegeben ist und wir uns diese Abstimmung sparen können.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Das Verfahren für die namentliche Abstimmung ist in § 84 Abs. 2 und 4 unserer Geschäftsordnung geregelt. Danach ruft ein Mitglied des Sitzungsvorstandes alle Mitglieder des Landtages in alphabetischer Reihenfolge mit ihrem Namen auf. Die Aufgerufenen geben ihre Stimme durch den Zuruf „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ab.

Wer dem Änderungsantrag in der Drs. 16/2576 zustimmen möchte, ruft also „Ja“, wer dagegen ist, ruft „Nein“, und wer sich der Stimme enthalten möchte, ruft „Enthaltung“.

Ich bitte Sie, so laut abzustimmen und sich so laut zu äußern, dass es auch vom Sitzungsvorstand hier oben gut zu verstehen ist. Im Stenografischen Bericht wird vermerkt, wie die einzelnen Kolleginnen und Kollegen abgestimmt haben.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung. Bitte schön, Frau Kollegin!

(Schriftführerin Ursula Weisser-Roelle verliest die Namen der Abgeordneten. Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Thomas Adasch	Nein
Hans-Henning Adler	Ja
Johann-Heinrich Ahlers	Nein
Heinrich Aller	Ja
Dr. Gabriele Andretta	Ja
Klaus-Peter Bachmann	Ja
Martin Bäumer	Nein
Heiner Bartling	Ja
Daniela Behrens	Ja
Almuth von Below-Neufeldt	Nein
Karin Bertholdes-Sandrock	Nein
Hans-Christian Biallas	Nein
Dr. Uwe Biester	Nein
Karl-Heinz Bley	Nein
Jörg Bode	Nein
Norbert Böhlke	Nein
Ralf Borngräber	Ja
Marcus Bosse	Ja
Axel Brammer	Ja
Ralf Briese	Ja
Markus Brinkmann	Ja
Prof. Dr. Emil Brockstedt	Nein
Marco Brunotte	Ja
Bernhard Busemann	Nein
Reinhold Coenen	Nein
Helmut Dammann-Tamke	Nein
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz	Nein
Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens	Nein
Otto Deppmeyer	Nein
Hermann Dinkla	Nein
Christoph Dreyer	Nein
Christian Dürr	Nein
Hans-Heinrich Ehlen	Nein
Petra Emmerich-Kopatsch	Ja
Ursula Ernst	Nein
Kreszentia Flauger	Ja
Ansgar-Bernhard Focke	Nein
Björn Försterling	Nein
Renate Geuter	Ja
Rudolf Götz	Nein
Christian Grascha	Nein
Clemens Große Macke	Nein
Ulla Groskurt	Ja
Hans-Dieter Haase	Ja
Enno Hagenah	Ja
Swantje Hartmann	Nein
Karl Heinz Hausmann	Ja
Wilhelm Heidemann	Nein
Frauke Heiligenstadt	Ja
Karsten Heineking	Nein
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić	Ja

Elisabeth Heister-Neumann	Nein	Dorothee Prüssner	Nein
Ursula Helmhold	Ja	Sigrid Rakow	Ja
Kurt Herzog	Ja	Christa Reichwaldt	Ja
Bernd-Carsten Hiebing	Nein	Klaus Rickert	Nein
Reinhold Hilbers	Nein	Roland Riese	Nein
Jörg Hillmer	Nein	Heinz Rolfes	Nein
Dr. Gero Clemens Hocker	Nein	Mechthild Ross-Luttmann	Nein
Carsten Höttcher	Nein	Jutta Rübke	Ja
Wilhelm Hogrefe	Nein	Hans-Heinrich Sander	-
Ernst-August Hoppenbrock	Nein	Roland Schminke	Ja
Patrick-Marc Humke-Focks	Ja	Klaus Schneck	Ja
Angelika Jahns	Nein	Wittich Schobert	Nein
Wolfgang Jüttner	Ja	Heiner Schönecke	Nein
Karl-Heinz Klare	Nein	Stefan Schostok	Ja
Hans-Jürgen Klein	Ja	Andrea Schröder-Ehlers	Ja
Stefan Klein	Ja	Uwe Schünemann	Nein
Ingrid Klopp	Nein	Hans-Werner Schwarz	Nein
Lothar Koch	Nein	Uwe Schwarz	Ja
Gabriela König	Nein	Kai Seefried	Nein
Marianne König	Ja	Silva Seeler	Ja
Ursula Körtner	Nein	Wiard Siebels	Ja
Gabriela Kohlenberg	Nein	Dr. Stephan August Siemer	Nein
Gisela Konrath	Nein	Dr. Manfred Sohn	Ja
Ina Korter	Ja	Brigitte Somfleth	Ja
Jürgen Krogmann	Ja	Miriam Staudte	Ja
Klaus Krumfuß	Nein	Karin Stief-Kreihe	Ja
Clemens Lammerskitten	Nein	Lutz Stratmann	Nein
Karl-Heinrich Langspecht	Nein	Detlef Tanke	Ja
Dr. Silke Lesemann	Ja	Ulf Thiele	Nein
Sigrid Leuschner	Ja	Björn Thümler	Nein
Olaf Lies	Ja	Petra Tiemann	Ja
Helge Limburg	Ja	Sabine Tippelt	Ja
Editha Lorberg	Nein	Dirk Toepffer	Nein
Dr. Max Matthiesen	Nein	Grant Hendrik Tonne	Ja
David McAllister	Nein	Elke Twesten	Ja
Anette Meyer zu Strohen	Nein	Astrid Vockert	Nein
Christan Meyer	Ja	Ulrich Watermann	Ja
Rolf Meyer	Ja	Dörthe Weddige-Degenhard	Ja
Axel Miesner	Nein	Christel Wegner	Ja
Frank Mindermann	Nein	Ursula Weisser-Roelle	Ja
Johanne Modder	Ja	Stefan Wenzel	Ja
Matthias Möhle	Ja	André Wiese	Nein
Dieter Möhrmann	Ja	Gerd Ludwig Will	Ja
Hartmut Möllring	Nein	Wolfgang Wulf	Ja
Heidemarie Mundlos	Nein	Christian Wulff	-
Jens Nacke	Nein	Prof. Dr. Dr. Roland Zielke	Nein
Matthias Nerlich	Nein	Pia-Beate Zimmermann	Ja)
Frank Oesterhelweg	Nein		
Jan-Christoph Oetjen	Nein		
Victor Perli	Ja		
Guðrun Pieper	Nein		
Filiz Polat	Ja		
Stefan Politze	Ja		
Claus Peter Poppe	Ja		

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich frage: Befindet sich ein Mitglied des Landtages im Saal, das noch nicht aufgerufen wurde oder noch nicht abgestimmt hat? - Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, sich einen Moment zu gedulden. Das Ergebnis der Auszählung wird gleich vorliegen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Abgestimmt haben 150 Mitglieder des Landtages, davon 70 mit Ja und 80 mit Nein. Es hat keine Enthaltungen gegeben. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/2543 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/1501 in geänderter Fassung annehmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

Ich komme jetzt zur Ausschussüberweisung zu Tagesordnungspunkt 19, der in der Aussprache ja mit abgehandelt wurde.

Hier liegt die Empfehlung vor, den Antrag an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag unter Tagesordnungspunkt 19 an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz überwiesen worden.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

**Potenziale nutzen: Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen erleichtern** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1500 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/2466 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2542

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2542 zielt ebenfalls auf eine Annahme des Antrages in geänderter Fassung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten jetzt in die Beratung ein. Ich erteile der Kollegin Frau Dr. Lesemann das Wort. Bitte!

**Dr. Silke Lesemann (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Ingenieur als Hausmeister, der Taxifahrer mit akademischer Ausbildung oder Putzhilfen mit Diplom - es ist eine paradoxe Situation, in der sich viele Zuwanderer mit akademischer Ausbildung befinden.

Ursache hierfür ist die bisher miserable Anerkennungspraxis im Ausland erworbener Berufs- und Bildungsabschlüsse. Hinter ihr verbergen sich zahlreiche menschliche Schicksale. Mit der Migration findet offensichtlich auch ein Bruch in der Berufsbiografie statt. Das erschwert eine gelingende Integration; denn ein erheblicher Teil der bisherigen Lebensleistung des Zuwanderers wird ausgeblendet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Deutschland leben Hunderttausende, deren Berufsabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden. Sie werden deshalb weit unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt und oft auch schlechter bezahlt als ihre einheimischen Kollegen.

Ein weiteres Problem ist die uneinheitliche Anerkennung ausländischer Abschlüsse, egal ob Universitätszertifikat oder Ausbildungszeugnis. Einen Anspruch auf Anerkennung ihrer mitgebrachten Qualifikation haben bisher nur Spätaussiedler und EU-Bürger, und dies auch nur bei einigen wenigen Berufen. Andere Zuwanderer haben keinen Rechtsanspruch auf die Anerkennung ihrer mitgebrachten Bildungsabschlüsse. Genau dies wollen wir mit diesem Antrag ändern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine bessere Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse von Zuwanderern ist aus dreierlei Sicht ein zentrales politisches Thema: aus integrationspolitischer Sicht, aus wirtschaftlicher und aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive. Sie ist aber auch ein wichtiger Schritt hin zur Verwirklichung von Chancengleichheit zwischen Einheimischen und Zuwanderern.

Ich greife hier das Thema des Fachkräftemangels auf, mit dem wir uns schon verschiedentlich beschäftigt haben. Alle Anstrengungen müssen un-